

Niederschrift

über die 33. Sitzung (öffentlicher Teil)
des Rates

am Mittwoch, **24.09.2008**, 18:17 Uhr,
Festsaal des Rathauses, Stadtweinhaus, Prinzipalmarkt 8-9, 48143 Münster

Anwesend waren:

von der CDU-Fraktion

Dr. Veit Christoph Baecker, Frank Baumann, Sybille Benning, Georg Berding, Heinz Georg Buddenbäumer, Edgar Drüge, Dr. Dietmar Erber, Franziskus-Pius Graf von Merveldt, Richard-Michael Halberstadt, Eleonore Heyne, Christoph Jahn, Horst Kisnat, Rudolf Klein, Karl Kleine-Wilke, Marliese Kosmider, Josef Messing, Ursula Möllers, Andreas Nicklas, Robert Otte, Karin Reismann, Josef Rickfelder, Ursula Schaffstein, Günter Schulze Blasum, Heinz-Dieter Sellenriek, Florian Steinförth, Barbara Stober, Stefan Weber, Helga Welker, Simone Wendland

von der SPD-Fraktion

Anika Bergner, Hedwig Chudziak, Philipp Gabriel, Beanka Ganser, Maria Anna Hakenes, Wolfgang Heuer, Marianne Hopmann, Ralf Hubert, Dr. Michael Jung, Marianne Koch, Gabriele Kubig-Steltig, Kurt Pölling, Karsten Rahn, Udo Reiter, Anne Schulze Wintzler, Joachim Tonn, Wendela-Beate Vilhjalmsen, Holger Wigger, Karl-Heinz Winter

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL

Helga Bennink, Wilhelm Breitenbach, Dr. Brigitte Hasenjürgen, Manfred Kehr, Heribert Klas, Maria Klein-Schmeink, Karina Kuschewski, Jörn Möltgen, Carsten Peters, Tim Rohleder, Ilse Schleef, Dr. Rita Stein-Redent, Brigitte von Schoenebeck

von der FDP-Fraktion

Ulrich Eisenack, Wolfgang Klein, Carola Möllemann-Appelhoff, Dr. Karin Obst, Jürgen Reuter, Hans Varnhagen

von der Fraktion UWG-MS/ödp

Gerd Kersting, Fritz Pfau

von DIE LINKE

Ali Atalan

Vorsitz

Oberbürgermeister Dr. Berthold Tillmann

von der Verwaltung

Reinhard Adams, Gerd Bertling, Helga Bickeböller, Elke Drepper, Klaus Frohne, Felix Graf von Plettenberg, Dr. Andrea Hanke, Dr. Wolf Heinrichs, Jochen Köhnke, Frank Möller, Dr. Henning Müller-Tengelmann, Axel Niemeyer, Andreas Nienaber, Dr. Norbert Ohlms, Thomas Paal, Hartwig Schultheiß, Siegfried Thielen, Franz Winter

für die Schriftführung

Jürgen Kupferschmidt

für die Stenogrammaufnahme

Heike Krüger

Es fehlten:

Meik Bolte (CDU), Elfriede Dalla Riva-Hanning (CDU), Jutta Möllers (Bündnis 90/Die Grünen/GAL), Hannelore Wiesenack-Hauß (UWG-MS/ödp)

nichtöffentlicher Sitzungsteil

siehe Niederschrift über die 30. Sitzung (nichtöffentlicher Teil) des Rates am 24.09.2008

Tagesordnung

- | | | |
|----------------------------|------|--|
| | 1. | Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner |
| | 2. | Aktuelle Stunde |
| | 3. | Eingänge und Mitteilungen |
| <u>V/0727/2008/1</u>
OB | 4. | Anregungen gemäß § 24 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen |
| | 5. | Anfragen von Ratsmitgliedern |
| | 6. | Anregungen der Bezirksvertretungen |
| | 7. | Anregungen des Ausländerbeirates |
| <u>AAB/0002/2008</u>
V | 7.1. | Sicherheitsrechtliche Befragung zur Klärung von Bedenken gegen den weiteren Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland (Sog. Sicherheitsbefragung) |
| <u>V/0725/2008</u>
OB | 8. | Entlastung für die Jahresrechnung 2007 |

<u>V/0713/2008</u> I	9.	Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten der Verkaufsstellen am 28.12.2008 im Stadtbezirk Münster-Mitte, Altstadt/Bahnhofsviertel
<u>V/0748/2008</u> I	10.	Bürgerinnen und Bürger einfach zum Recht verhelfen - Bürgerfreundliches Verwaltungsverfahren auch in Zukunft sicher stellen! Konzept zum Beschwerdemanagement (Antrag der SPD-Fraktion Nr. A-R/0049/2007 vom 26.11.2007)
<u>V/0726/2008</u> II	11.	Anpassung der Tarife der Verkehrsgemeinschaft Münsterland
<u>V/0682/2008</u> V	12.	"Die Familienhebamme am Gesundheitsamt der Stadt Münster": Weiterführung des Modellprojekts
<u>V/0603/2008</u> V	13.	Feststellung des Jahresabschlusses der Altenzentrum Klarstift gGmbH für das Wirtschaftsjahr 2007
<u>V/0604/2008</u> V	14.	Feststellung des Jahresabschlusses der Klarstift Service GmbH für das Wirtschaftsjahr 2007
<u>V/0720/2008</u> III	15.	Bauvorhaben Stübengasse 22 / Umbau und Umnutzung des Parkhauses
<u>V/0724/2008</u> III	16.	Städtisches Preußenstadion Sanierungsmaßnahmen und Auszahlung von Finanzmitteln -Geänderte Grundlage-
	17.	Bauleitplanung
	17.1.	Stadtbezirk Münster-West
<u>V/0200/2008/1</u> III	17.1.1.	1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 323: Wohngebiet Sentruper Höhe Beschluss zur Änderung
<u>V/0660/2008</u> III	17.1.2.	Bebauungsplan Nr. 488: Roxel-Nord II - Havixbecker Straße / Stodtbrockweg / Nordumgehung / Brockkamp 1. Beschluss über die Stellungnahmen 2. Satzungsbeschluss
	17.2.	Stadtbezirk Münster-Nord
<u>V/0704/2008</u> III	17.2.1.	31. Änderung des fortgeschriebenen Flächennutzungsplans der Stadt Münster im Stadtbezirk Nord im Stadtteil Kinderhaus-West im Bereich des Hauptzentrums um den Idenbrockplatz Beschluss zur Änderung
<u>V/0680/2008</u> III	17.2.2.	3. Änderung des Bebauungsplans Nr. 227: Nienberge Ortskern Neuer Änderungsbeschluss

- 17.3. Stadtbezirk Münster-Ost
18. Anträge von Ratsmitgliedern nach § 3 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Rates
- A-R/0045/2008
V
- 18.1. Ambulante Kinder- und jugendpsychiatrische Versorgung auch weiterhin sicherstellen!
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL
Begründung: Ratsfrau Klein-Schmeink
19. Anträge von Ratsmitgliedern nach § 3 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Rates
- A-R/0042/2008
II
- 19.1. Familien mit Kindern Grunderwerb in Innenstadtlagen ermöglichen
Antrag der Fraktionsgemeinschaft UWG/ödp
Begründung: Ratsherr Pfau
- A-R/0043/2008
III
- 19.2. Haltepunkt Handorf planen - Eisenbahnstrecke Münster-Warendorf beschleunigen
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL
Begründung: Ratsherr Möltgen
- A-R/0044/2008
III
- 19.3. Entwicklung eines Verkehrsberuhigungskonzeptes für Handorf
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL
Begründung: Ratsherr Möltgen
- A-R/0046/2008
IV
- 19.4. Kindertagesbetreuung: weitere untere Einkommensgruppen von Elternbeiträgen befreien
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL
Begründung: Ratsfrau Möllers
- A-R/0047/2008
III
- 19.5. Klimaschutz bereits bei der Stadtplanung beginnen - "Leitfaden für Klimaschutz in der Stadtplanung Münsters" entwickeln
Antrag der SPD-Fraktion
Begründung: Ratsherr Winter
- A-R/0048/2008
III
- 19.6. Stadtplanung für alle Bürger öffnen - "Arbeitshilfe zur Erarbeitung von Stellungnahmen zu Flächennutzungsplänen und Bebauungsplänen" entwickeln
Antrag der SPD-Fraktion
Begründung: Ratsherr Winter
- A-R/0049/2008
II
- 19.7. Soziale und ökologische Tarifreform bei Energie - Hilfen für einkommensschwache Haushalte
Antrag der SPD-Fraktion
Begründung: Ratsherr Dr. Jung

<u>A-R/0050/2008</u> III	19.8.	Neue Wege im Radwegebau - Unterstützung von Bürgerradwegen Antrag der CDU-Fraktion Begründung: Ratsherr Sellenriek
<u>A-R/0051/2008</u> II	19.9.	Mit Hybrid-Bussen Münsters Straßen sauberer machen Antrag der CDU-Fraktion Begründung: Ratsherr Sellenriek
	20.	Verschiedenes

Herr **Dr. Tillmann** eröffnete die öffentliche Sitzung des Rates um 18.17 Uhr und stellte die ordnungsgemäße Einberufung und die Beschlussfähigkeit fest.

Er begrüßte die Mitglieder des Rates, die Bezirksbürgermeisterin und die Bezirksbürgermeister, den Vorsitzenden des Ausländerbeirates, die Damen und Herren der Presse und die Zuschauerinnen und Zuschauer.

Punkt 1 der Tagesordnung

Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Es war keine Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner beantragt worden.

Punkt 2 der Tagesordnung

Aktuelle Stunde

Auf Antrag der SPD-Fraktion fand eine „Aktuelle Stunde“ zum Thema „Sparkassen schützen – Nein zum Gesetzentwurf der Landesregierung“ statt.

Herr **Dr. Tillmann** wies darauf hin, dass den Ratsmitgliedern in dieser Angelegenheit vor der Sitzung ein Bericht des Städtetages Nordrhein-Westfalen vorgelegt wurde.

Punkt 3 der Tagesordnung

Eingänge und Mitteilungen

Herr **Dr. Tillmann** teilte in der Angelegenheit „Vorgesehene Fusion der Vereine ‚Münsterland-Touristik‘ und ‚Aktion Münsterland‘“ Folgendes mit:

„Der Rat der Stadt Münster hat in seiner Sitzung am 24.10.2007 der Verschmelzung des Aktion Münsterland e. V. und des Münsterland-Touristik Grünes Band e. V. zu einem neuen Verein einstimmig zugestimmt. Vor einer endgültigen Umsetzung des Beschlusses waren jedoch rechtliche Fragen zur Gemeinnützigkeit des neuen Vereins vor dem Hintergrund der Änderung der Abgabenordnung zu klären. Die offenen Fragen sind zwischenzeitlich rechtlich geklärt, mit der Finanzverwaltung abgestimmt und in den Vereinsgremien beider Vereine beraten worden, so dass nunmehr die Verschmelzung und Neubegründung in den Mitgliedsversammlungen beider Vereine umgesetzt werden können. Dies soll nun in der Sitzung am 21.10.2008 geschehen. Zur rechtlichen Absicherung der offenen Fragen war auch eine redaktionelle Änderung und Anpassung der Satzung – z. B. des neu geführten Namens – erforderlich. Nachdem nunmehr alle Rahmenbedingungen geklärt sind, steht der Gründung des Vereins

‘Münsterland e. V.’, durch Verschmelzung der bisherigen Vereine Münsterland-Touristik und Aktion Münsterland nichts mehr im Wege.“

**Punkt 4 der Tagesordnung
V/0727/2008/1**

**Anregungen gemäß § 24 der Gemeindeordnung für
das Land Nordrhein-Westfalen**

Es lag eine Ergänzung zur Vorlage vor.

Der Rat nahm unter Berücksichtigung der Ergänzungsvorlage zur Kenntnis:

„Folgende Anregungen gemäß § 24 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen sind eingegangen:

Nr./Jahr	Antragsanliegen	Entscheidungszuständigkeit (Das Anhörungs- und Beratungsrecht weiterer Gremien bleibt unberührt.)
132/2008	Der SV Grün-Weiß beantragt die Überlassung von Sporthallen und -plätzen, den Erlass der Nutzungskosten, die Aufhebung des Beschlusses des Sportausschusses zum Verhalten des Sportamtes sowie die Einräumung gleicher Rechte und Pflichten wie andere gemeinnützige Personenvereinigungen.	Verwaltung zur Vorprüfung
133/2008	Die KAB St. Josef-Kinderhaus regt ein Rauchverbot in den überdachten Bushaltestellen im Stadtgebiet von Münster an.	Verwaltung
135/2008	Die Eheleute Kleespies bitten bei der Planung bzw. dem Bau des Erweiterungsgebäudes des Hansa-Berufskollegs ausreichend Abstand zu den Wohngebäuden auf der anderen Straße zu lassen und den Schulhof für Schüler zum Parken nutzbar zu machen.	Verwaltung
136/2008	Die Mieter der Kristiansandstraße 139 beantragen, zusätzlich zur Auslegung der Bebauungspläne für die Erweiterung des Zentrums Kinderhaus im Stadthaus 3 die Pläne im Bürgerhaus Kinderhaus auszulegen. Im Übrigen bitten sie den Rat der Stadt Münster, der Planung zur Zentrumserweiterung Kinderhaus nicht zuzustimmen.	Verwaltung
137/2008	Frau Weyer bittet, verschiedene Gefahrenstellen im Bereich der Kreuzung Meßkamp/Salzmannstraße zu beseitigen.	Verwaltung zur Vorprüfung
138/2008	Herr Seemann bittet um Überprüfung der Pachterhöhung für Grabland sowie um einen Vergleich dieses Entgelts mit den Pachtbeträgen im Kleingärtnerbereich.	Verwaltung zur Vorprüfung

140/2008	Frau Krede beantragt, zusätzlich zur Auslegung der Bebauungspläne für die Erweiterung des Zentrums Kinderhaus im Stadthaus 3 die Pläne im Bürgerhaus Kinderhaus auszulegen. Im Übrigen bittet sie den Rat der Stadt Münster, der Planung zur Zentrumserweiterung Kinderhaus nicht zuzustimmen.	Verwaltung
141/2008	Herr Kruszyna bittet, innerhalb des Neubaugebietes Roxel-Nord II die Errichtung eines Spiel- und Rodelhügels vorzusehen.	Verwaltung zur Vorprüfung
142/2008	Frau Kober sowie weitere Unterzeichner bitten, im Rahmen der Zentrums-erweiterung Kinderhaus an der Josef-Beckmann-Straße keinen Kreisverkehr anzulegen.	Verwaltung zur Vorprüfung

Die Anregung Nr. 132/2008 wurde sowohl an den Rat der Stadt Münster als auch an die Bezirksvertretung Münster-Mitte gerichtet und wurde den Mitgliedern der Bezirksvertretung Münster-Mitte bereits in der Sitzung am 16.09.2008 bekannt gegeben.“

Punkt 5 der Tagesordnung

Anfragen von Ratsmitgliedern

Es lagen keine Anfragen von Ratsmitgliedern vor.

Punkt 6 der Tagesordnung

Anregungen der Bezirksvertretungen

Es lagen keine Anregungen der Bezirksvertretungen vor.

Punkt 7 der Tagesordnung

Anregungen des Ausländerbeirates

Punkt 7.1 der Tagesordnung AAB/0002/2008

Sicherheitsrechtliche Befragung zur Klärung von Bedenken gegen den weiteren Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland (Sog. Sicherheitsbefragung)

Es lag folgende Anregung des Ausländerbeirates vor:

„Der Ausländerbeirat hat in seiner Sitzung am 10.08.2008 folgende Anregung an den Rat beschlossen:

Der Rat der Stadt Münster möge beschließen:

‘Unter der Annahme, dass eine ‘Sicherheitsbefragung’ gesetzlich zwingend durchzuführen ist und unter der Annahme, dass die darin aufgeführten Fragen rechtlichen Bedenken nicht begegnet, richtet der Rat der Stadt Münster an das Land Nordrhein-Westfalen die Bitte, durch

eine unabhängige Fachkommission bzw. Sachverständige diesen Fragebogen auf seine Effizienz, auf seine Unbedenklichkeit hinsichtlich falsch positiven Ergebnissen und auf möglicherweise von Betroffenen subjektiv diskriminierende bzw. als beleidigend empfundene Fragen zu überprüfen und ggf. diesen Fragebogen zu überarbeiten.

Ferner bittet der Rat der Stadt Münster die Landesregierung diesbezüglich den Informationsumfang weiter auszubauen.“

Herr **Dr. Tillmann** schlug vor, der Anregung des Ausländerbeirates zuzustimmen.
Es erhob sich kein Widerspruch.
Somit wurde die Anregung einstimmig beschlossen.

Punkt 8 der Tagesordnung V/0725/2008

Entlastung für die Jahresrechnung 2007

Herr **Dr. Tillmann** nahm an der Abstimmung nicht teil.

Der Rat beschloss einstimmig:

„I. Sachentscheidung

1. Der Rat nimmt das in dem anliegenden Schlussbericht des Rechnungsprüfungsausschusses vom 28.08.2008 (Anlage der Vorlage = Anlage 1 der Originalniederschrift) aufgezeigte Ergebnis der Prüfung der Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2007 zur Kenntnis.

2. Der Rat stellt das Ergebnis der Jahresrechnung 2007 unter Einbeziehung der Abschlussbuchungen wie folgt fest:

2.1 Kassenmäßiger Abschluss

Gesamt-Ist-Einnahmen	1.396.302.123,19 Euro
Gesamt-Ist-Ausgaben	<u>1.392.445.844,77 Euro</u>
Buchmäßiger Kassenbestand bei Abschluss des Haushaltsjahres 2007	<u>+ 3.856.278,42 Euro</u>

2.2 Ergebnis der Haushaltsrechnung

Summe bereinigte Soll-Einnahmen	<u>745.145.026,30 Euro</u>
Summe bereinigte Soll-Ausgaben	<u>745.145.026,30 Euro</u>

3. Aufgrund des geprüften und festgestellten Ergebnisses der Jahresrechnung des Haushaltsjahres 2007 wird dem Oberbürgermeister gem. § 94 Gemeindeordnung NRW die Entlastung erteilt.“

**Punkt 9 der Tagesordnung
V/0713/2008**

**Ordnungsbehördliche Verordnung über das
Offenhalten der Verkaufsstellen am 28.12.2008 im
Stadtbezirk Münster-Mitte, Altstadt/Bahnhofsviertel**

Herr **Kersting** beantragte namentliche Abstimmung.

Herr **Dr. Tillmann** erläuterte kurz das Abstimmungsverfahren; „ja“ = Zustimmung zur Vorlage, „nein“ = Ablehnung der Vorlage.

Er rief die einzelnen Ratsmitglieder nacheinander auf.

Es wurde wie folgt abgestimmt:

		Bergner	pairing
Dr. Baecker	ja		Dalla Riva-Hanning
Baumann	ja	Chudziak	nein
Benning	ja	Gabriel	nein
Berding	ja	Ganser	nein
Bolte	entschuldigt	Hakenes	nein
Buddenbäumer	ja	Heuer	nein
Dalla Riva-Hanning	entschuldigt	Hopmann	nein
Drüge	ja	Hubert	nein
Dr. Erber	ja	Dr. Jung	nein
Graf von Merveldt	ja	Koch	nein
Halberstadt	ja	Kubig-Steltig	nein
Heyne	ja	Pölling	nein
Jahn	ja	Rahn	nein
Kisnat	ja	Reiter	nein
Klein	ja	Schulze Wintzler	nein
Kleine-Wilke	ja	Tonn	nein
Kosmider	ja	Vilhjalmsson	nein
Messing	ja	Wigger	nein
Möllers	ja	Winter	nein
Nicklas	ja		
Otte	ja	Bennink	nein
Reismann	ja	Breitenbach	nein
Rickfelder	ja	Dr. Hasenjürgen	nein
Schaffstein	ja	Kehr	nein

Schulze Blasum	ja
Sellenriek	ja
Steinforth	ja
Stober	ja
Weber	ja
Welker	ja
Wendland	ja

Eisenack	ja
Klein, W.	ja
Möllemann-Appelhoff	ja
Dr. Obst	ja
Reuter	ja
Varnhagen	ja

Klas	nein
Klein-Schmeink	nein
Kuschewski	nein
Möllers	entschuldigt
Möltgen	nein
Peters	nein
Rohleder	nein
Schleef	nein
Dr. Stein-Redent	nein
Von Schoenebeck	nein
Kersting	nein
Pfau	nein
Wiesenack-Hauß	entschuldigt
Atalan	nein

Herr **Dr. Tillmann** stimmte der Vorlage zu.

Nach der Auszählung der Stimmen gab Herr **Dr. Tillmann** folgendes Abstimmungsergebnis bekannt:

Abgegebene Stimmen:	70
Ja-Stimmen:	36
Nein-Stimmen:	34

Somit beschloss der Rat:

„I. Sachentscheidung

Die als Anlage beigefügte ordnungsbehördliche Verordnung (Anlage der Vorlage = Anlage 2 der Originalniederschrift) wird beschlossen.

II. Kosten/Folgekosten

Es entstehen keine Kosten und keine Folgekosten.“

**Punkt 10 der Tagesordnung
V/0748/2008**

**Bürgerinnen und Bürger einfach zum Recht
verhelfen - Bürgerfreundliches
Verwaltungsverfahren auch in Zukunft sicher
stellen!
Konzept zum Beschwerdemanagement
(Antrag der SPD-Fraktion Nr. A-R/0049/2007 vom
26.11.2007)**

Der Rat beschloss einstimmig:

„I. Sachentscheidung

1. Zusätzlich zu dem bestehenden 'Management für Bürgeranliegen' im Büro des Oberbürgermeisters, in Korrespondenz mit der bei den Fachämtern und Einrichtungen liegenden Verantwortung, wird kein Beschwerdemanagement eingerichtet.
2. Der Antrag A-R/0049/2007 der SPD-Fraktion vom 26.11.2007 ist damit zu diesem Punkt erledigt.

Kosten/Folgekosten

Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine Kosten und Folgekosten entstehen.“

**Punkt 11 der Tagesordnung
V/0726/2008**

**Anpassung der Tarife der Verkehrsgemeinschaft
Münsterland**

Nach ausführlicher Diskussion beschloss der Rat mit Mehrheit (OB, CDU, FDP) bei Gegenstimmen (SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, UWG-MS/ödp, DIE LINKE):

„I. Sachentscheidung

1. Der Rat der Stadt Münster stimmt der Neufestsetzung der Fahrpreise der Verkehrsgemeinschaft Münsterland (VGM) für das Gebiet der Stadt Münster gemäß Beschluss des Aufsichtsrates der Stadtwerke Münster GmbH vom 21.08.2008 zu (s. Anlage der Vorlage = Anlage 3 der Originalniederschrift).
2. Der Vertreter der Stadt Münster in der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Münster GmbH wird ermächtigt einen entsprechenden Beschluss zu fassen.
3. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass bei Nicht-Einigung in dem Tarifausschuss der Verkehrsgemeinschaft Münsterland, der § 6 des Gemeinschaftsvertrages zum Tragen kommt und der Rat sich dann erneut mit der Festsetzung der Tarifpreise befassen müsste.“

**Punkt 12 der Tagesordnung
V/0682/2008**

**"Die Familienhebamme am Gesundheitsamt der
Stadt Münster": Weiterführung des Modellprojekts**

Der Rat beschloss einstimmig:

„I. Sachentscheidung

1. Das Projekt 'Die Familienhebamme am Gesundheitsamt der Stadt Münster' wird bis 2012 weitergeführt.

2. Die erforderlichen kommunalen Finanzmittel werden in dem unter Ziffer III. dargestellten Umfang unter dem Vorbehalt bereitgestellt, dass die Bezuschussung des Projektes wie dort aufgeführt erfolgt.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, einen Antrag an die Franz Bröcker-Stiftung für eine weitere Förderung des Projektes zu stellen.

II. Kosten/Folgekosten

Es wird zur Kenntnis genommen, dass für die Weiterführung des Projektes in den Jahren 2009 bis 2012 – bei Bezuschussung des Projektes durch die Franz Bröcker-Stiftung – jährlich Aufwendungen i.H.v. 25.500 € (2009) bzw. 31.000 € (ab 2010) für die Stadt Münster entstehen.

III. Finanzierung/Mittelbereitstellung

Die o. g. Sachentscheidung ist wie folgt zu finanzieren:

Aufwendungen					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemer- kungen
Produktgruppe	0701	Gesundheitsdienste	2009 2010 2011 2012	53.220 58.940 59.160 59.380	
Teilergebnisplan (Zeile)	16	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
Insgesamt:				230.700	

Erträge					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemer- kungen
Produktgruppe	0701	Gesundheitsdienste	2009 2010 2011 2012	27.720 27.940 28.160 28.380	vorbehaltlich der Bewilligung durch die Franz Bröcker- Stiftung
Teilergebnisplan (Zeile)	02	Zuwendungen und allgemeine Umlagen			
Insgesamt:				112.200“	

Punkt 13 der Tagesordnung V/0603/2008	Feststellung des Jahresabschlusses der Altenzentrum Klarastift gGmbH für das Wirtschaftsjahr 2007
--	--

Die Mitglieder des Aufsichtsrates nahmen an der Beratung und Entscheidung bezüglich der Entlastung des Aufsichtsrates nicht teil.

Der Rat beschloss einstimmig:

„I. Sachentscheidung

1. Der Jahresabschluss der Altenzentrum Klarastift gGmbH zum 31.12.2007 (Anlage der Vorlage = Anlage 4 der Originalniederschrift), der
 - a) in der Gewinn- und Verlustrechnung bei einem Umsatz von 5.772.825,45 €
und einem Jahresüberschuss von 27.629,69 €
 - b) in der Bilanzsumme mit 4.647.908,72 €
 abschließt, wird von der Stiftung Magdalenenhospital als alleiniger Gesellschafterin der Altenzentrum Klarastift gGmbH festgestellt.
2. Dem Aufsichtsrat und der Geschäftsführung der Altenzentrum Klarastift gGmbH werden für das Geschäftsjahr 2007 Entlastung erteilt.
3. Der Jahresüberschuss in Höhe von 27.629,69 € wurde vollständig der Rücklage gem. § 58 Nr. 7 AO zugeführt.
4. Der Lagebericht der Geschäftsführung für das Wirtschaftsjahr 2007 wird zur Kenntnis genommen.

II. Kosten/Folgekosten

entfällt

III. Finanzierung/Mittelbereitstellung

entfällt“

Punkt 14 der Tagesordnung V/0604/2008	Feststellung des Jahresabschlusses der Klarastift Service GmbH für das Wirtschaftsjahr 2007
--	--

Die Mitglieder des Aufsichtsrates nahmen an der Beratung und Entscheidung bezüglich der Entlastung des Aufsichtsrates nicht teil.

Der Rat beschloss einstimmig:

„I. Sachentscheidung

1. Der Jahresabschluss der Klarastift Service GmbH zum 31.12.2007 (Anlage der Vorlage = Anlage 5 der Originalniederschrift), der
 - a) in den Gewinn- und Verlustrechnung bei einem Umsatz von 1.088.586,30 €

und einem Jahresüberschuss von 2.238,69 €

b) in der Bilanzsumme mit 119.857,68 €

abschließt, wird von der Altenzentrum Klarastift gGmbH als alleiniger Gesellschafterin der Klarastift Service GmbH festgestellt.

2. Dem Aufsichtsrat und der Geschäftsführung der Klarastift Service GmbH werden für das Geschäftsjahr 2007 Entlastung erteilt.
3. Der Jahresüberschuss in Höhe von 2.238,69 € wird auf das Geschäftsjahr 2008 übertragen.
4. Der Lagebericht der Geschäftsführung für das Wirtschaftsjahr 2007 wird zur Kenntnis genommen.

II. Kosten/Folgekosten

entfällt

III. Finanzierung/Mittelbereitstellung

entfällt“

Punkt 15 der Tagesordnung V/0720/2008	Bauvorhaben Stubengasse 22 / Umbau und Umnutzung des Parkhauses
--	--

Herr **Heuer** beantragte für die SPD-Fraktion:

„Der Hauptausschuss/ RAT möge beschließen:

1. Wie Vorlage.
2. neu:) Nach dem Teilabriss des Gebäudes wird – unter Beibehaltung der Anlieferung im Untergeschoss – ein Um-/Neubau realisiert, der anders als in der bislang vorliegenden Planung folgenden Kriterien folgt:
 - Im Erdgeschoss und im ersten Obergeschoss sind als Nutzungen Einzelhandel und eine Fahrradstation vorzusehen. Die Fahrradstation ist in ihrer Zugänglichkeit so zu gestalten, dass sie tatsächlich angenommen wird, u.a. durch eine Verdoppelung der Breite der bislang vorgesehenen Eingangssituation zur Stubengasse, durch eine größere Fahrradabstellfläche im Erdgeschoss sowie niedrige Tarife. Daneben soll ab sofort mit den großen Arbeitgebern der City über anzukaufende „Stellplatzpakete“ in der Radstation für deren Beschäftigte verhandelt werden.
 - In den restlichen Obergeschossen ist als Nutzung Wohnen vorzusehen. Die angebotenen Standards und Flächen sollen - entgegen der bisherigen Konzeption - für Normalverdienerhaushalte und Familien bezahlbar sein.
 - Die Verträge mit der WBI sind so zu gestalten, dass nach Fertigstellung eine Weiterveräußerung des Objekts ermöglicht wird.
3. Wie Vorlage.“

Herr **Möltgen** beantragte für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL:

„Der HA/Rat der Stadt Münster möge folgende Änderungen in der Vorlage beschließen:

- 1.) bleibt
- 2.) bleibt mit der Einschränkung von 2.1 und 2.2

2.1) Das beigefügte Konzept wird nur dann umgesetzt, wenn die Nutzung der Radstation sichergestellt werden kann - durch Bedarfsanalysen, durch Nachfragen bei den umliegenden Gebäudebesitzern und durch Umfragen bei Radfahrern. Darüber hinaus wird ein Fahrradparkraumkonzept für die Altstadt incl. Bahnhofsviertel erstellt (s. Antrag GAL Ratsfraktion aus 02/2007).

2.2) Für die zukünftige Nutzung des Gebäudes zu Wohnzwecken wird im Sinne des interfraktionellen Arbeitskreises geprüft, inwieweit eine Nutzung des städtischen Gebäudes im sozialen Wohnungsbau bzw. familienfreundlichen Wohnungsbau zu realisieren ist.

Punkt 3 bleibt erhalten.“

Herr **Klein** beantragte für die CDU-Fraktion und die FDP-Fraktion:

„Nach Vorlage 2):

- Die Fahrradstation ist in ihrer Zugänglichkeit und optischen Eingangssituation so zu gestalten, dass sie auch tatsächlich angenommen wird.
- 3. Spiegelstrich SPD“

Nach ausführlicher Diskussion ließ Herr **Dr. Tillmann** über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL abstimmen.

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL wurde mit Mehrheit (OB, CDU, FDP) bei Fürstimmen (Bündnis 90/Die Grünen/GAL, DIE LINKE) und Stimmenthaltungen (SPD, UWG-MS/ödp) abgelehnt.

Der Antrag der SPD-Fraktion wurde mit Mehrheit (OB, CDU, FDP) bei Fürstimmen (SPD, UWG-MS/ödp) und Stimmenthaltungen (Bündnis 90/Die Grünen/GAL, UWG-MS/ödp, DIE LINKE) abgelehnt.

Anschließend ließ Herr **Dr. Tillmann** über die Vorlage in Ergänzung des Antrages der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion abstimmen.

Der Rat beschloss in Ergänzung des Antrages der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion mit Mehrheit (OB, CDU, FDP, UWG-MS/ödp) bei Gegenstimmen (SPD) und Stimmenthaltungen (Bündnis 90/Die Grünen/GAL, UWG-MS/ödp, DIE LINKE):

„I. Sachentscheidung

- 1.) Einem Teilabriss des Parkhauses an der Stubengasse / Klarissengasse wird zugestimmt.
- 2.) Unmittelbar nach dem Teilabriss des Gebäudes wird - unter Beibehaltung der Anlieferung im Untergeschoss – auf Grundlage des in der Anlage 1 beigefügten Konzeptes (Anlage 1

der Vorlage = Anlage 6 der Originalniederschrift) ein Um- / Neubau mit den Nutzungen Fahrradstation, Einzelhandel und Wohnen realisiert.

Die Fahrradstation ist in ihrer Zugänglichkeit und optischen Eingangssituation so zu gestalten, dass sie auch tatsächlich angenommen wird.

Die Verträge mit der WBI sind so zu gestalten, dass nach Fertigstellung eine Weiterveräußerung des Objekts ermöglicht wird.

- 3.) Der Antrag der SPD-Fraktion an den Rat Nr. 0022/2006 'City-Fahrradparkhaus – Chance an der Stubengasse nutzen' ist damit erledigt.

II. Kosten/Folgekosten

Es wird zur Kenntnis genommen, dass an die WBI (alter und neuer Erbbaurechtsnehmer an dem Grundstück Stubengasse 22) zur Umsetzung des Bauprojekts städtische Ablösemittel ausgezahlt werden sollen. Aus einer Verlängerung des Erbbaurechts bis Ende des Jahres 2063 resultieren zusätzliche Erträge für die Stadt Münster.

Durch den Teilabriss des Parkhauses werden die für die Stadt Münster kalkulierten Aufwendungen für den oberirdischen Gebäudeabriss deutlich reduziert.

III. Finanzierung/Mittelbereitstellung

Die o. g. Sachentscheidung steht unter dem Vorbehalt des Ratsbeschlusses zur nichtöffentlichen Vorlage Nr. 0708/2008 (Amt für Immobilienmanagement / Amt für Finanzen und Beteiligungen), in der die Bedingungen für eine Verlängerung des Erbbaurechts, die Investitionskosten der WBI sowie Zuwendungen und Einnahmen der Stadt Münster dargestellt sind.“

Punkt 16 der Tagesordnung V/0724/2008

Städtisches Preußenstadion Sanierungsmaßnahmen und Auszahlung von Finanzmitteln -Geänderte Grundlage-

Der Rat beschloss einstimmig bei einer Stimmenthaltung (DIE LINKE):

„I. Sachentscheidung

1. Der Rat bekräftigt seinen Beschluss vom 18. Juni 2008 (V/0411/2008), dass auch auf der veränderten Grundlage - Wechsel des vom SC Preußen 06 e.V. beauftragten Generalunternehmers - für die geplante Sanierungsinvestition am bestehenden Stadionstandort Hammer Straße die bereitgestellten Mittel in Höhe von max. 5. Mio. € zugunsten des SC Preußen 06 e.V. auf Basis des Ratsbeschlusses vom 16. Juli 2003 (Vorlage 412/2003) ausgezahlt werden.
2. Der Rat beauftragt die Verwaltung, die hierfür erforderlichen vertraglichen Vereinbarungen mit dem SC Preußen 06 e.V. zu treffen.
3. Der Rat beauftragt die Verwaltung, die zuständigen politischen Gremien auf Basis der noch vorzulegenden bauantragsreifen Unterlagen über die Gesamtmaßnahme in Kenntnis zu setzen.

II. Kosten/Folgekosten

Es wird zur Kenntnis genommen, dass Auszahlungen in Höhe von 5 Mio. € entstehen. An Aufwendungen entstehen jährliche bilanzielle Abschreibungen von voraussichtlich rd. 100.000 €. Die weiteren städtischen Aufwendungen für den Betrieb und die Unterhaltung des Stadions entsprechen den bisherigen Aufwendungen.

III. Finanzierung/Mittelbereitstellung

Die erforderlichen Mittel sind im Haushaltsplan 2008 wie folgt veranschlagt:

Auszahlungen					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemer- kungen
Produktgruppe	0801	Sportentwicklung, Sportanlagen und -stätten	2008	5.000.000	
Teilfinanzplan (Zeile)	11	Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen			
Investitionsmaßnahme	4200	Münsterland Stadion			
Finanzstelle	520 0 0801 03 4200				
Finanzposition	780700				
Insgesamt:				5.000.000“	

Punkt 17 der Tagesordnung**Bauleitplanung****Punkt 17.1 der Tagesordnung****Stadtbezirk Münster-West****Punkt 17.1.1 der Tagesordnung
V/0200/2008/1****1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 323:
Wohngebiet Sentruper Höhe
Beschluss zur Änderung**

Es lag eine Ergänzung zur Vorlage vor.

Frau **Bennink** bat um Erläuterung des von der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion im Ausschuss für Stadtplanung, Stadtentwicklung, Verkehr und Wirtschaft gestellten Änderungsantrages.

Frau **Kosmider** erörterte diesen.

Der Rat beschloss unter Berücksichtigung der Ergänzungsvorlage einstimmig bei Stimmenthaltungen (SPD, UWG-MS/ödp, DIE LINKE):

„I. Sachentscheidung

Der Bebauungsplan Nr. 323: Wohngebiet Sentruper Höhe ist gemäß §§ 2 (1) und 1 (8) Baugesetzbuch (BauGB) zu ändern. Der Bebauungsplan Nr. 323, der die geordnete städtebauliche Entwicklung für das genannte Wohngebiet regelt, enthält in Teilbereichen des Plangebietes festgesetzte Gebote zur Erhaltung der baulichen Anlagen, die aufgrund einer geänderten Gesetzesgrundlage und unter Berücksichtigung eines verwaltungsgerichtlichen Verfahrens zu überprüfen bzw. zu konkretisieren sind.

II. Kosten/Folgekosten

Es wird zur Kenntnis genommen, dass durch die Einleitung des Verfahrens zur Änderung des Bebauungsplans der Stadt Münster keine Kosten und keine Folgekosten entstehen.“

Punkt 17.1.2 der Tagesordnung V/0660/2008	Bebauungsplan Nr. 488: Roxel-Nord II - Havixbecker Straße / Stodtbrockweg / Nordumgehung / Brockkamp 1. Beschluss über die Stellungnahmen 2. Satzungsbeschluss
--	---

Der Rat beschloss einstimmig:

„I. Sachentscheidung

1. Über die vorliegenden Stellungnahmen zum Entwurf des Bebauungsplans Nr. 488 'Roxel-Nord II – Havixbecker Straße / Stodtbrockweg / Nordumgehung / Brockkamp' wird wie folgt Beschluss gefasst:
 - 1.1 Der Entwurf des Bebauungsplans wird wie folgt geändert bzw. ergänzt:
 - 1.1.1 Das Grundstück Havixbecker Straße Nr. 44 a erhält eine Erschließung durch den neuen Bebauungsplan. Die nördlich angrenzende Bebauung und Erschließung wird in diesem Zusammenhang neu ausgerichtet (Anlage 1 der Vorlage, Punkt 2 = Anlage 7 der Originalniederschrift).
 - 1.1.2 Die Begründung zum Bebauungsplan wird um die Zuordnungsverhältnisse der Ausgleichsflächen ergänzt und in den Plan wird eine textliche Festsetzung zur Zuordnung der Ausgleichsflächen aufgenommen (Anlage 1 der Vorlage, Punkt 7 = Anlage 7 der Originalniederschrift).
 - 1.2 Nach Abwägung der öffentlichen und privaten Belange gegeneinander und untereinander wird den nachfolgenden Stellungnahmen zum Entwurf des Bebauungsplans Nr. 488 nicht gefolgt:
 - 1.2.1 Der Kritik, dass mit der Realisierung der Planung beim Gebäude Stodtbrockweg Nr. 16 die Immissionsrichtwerte überschritten würden und der damit verbundenen Forderung, dem Wohngebäude den Schutzanspruch eines Wohngebietes zuzubilligen und die betroffene Bebauung durch einen Lärmschutzwall abzuschirmen (Anlage 1 der Vorlage, Punkt 1.1 = Anlage 7 der Originalniederschrift).
 - 1.2.2 Der Anregung, die im Bebauungsplan innerhalb der festgesetzten Waldfläche nachrichtlich dargestellte Wegeverbindung nach Süden auf Flächen außerhalb des Waldes zu verschieben (Anlage 1 der Vorlage, Punkt 4.1 = Anlage 7 der Originalniederschrift).
 - 1.2.3 Der Feststellung, dass der Abstand zwischen Baugrenze und Wald im Westen des Waldes zu gering sei (Anlage 1 der Vorlage, Punkt 4.2 = Anlage 7 der Originalniederschrift).
 - 1.2.4 Der Kritik, dass an der bestehenden Zufahrt zum Gewerbegebiet kein ausreichender Lärmschutz für die zukünftige Wohnbebauung gegeben sei (Anlage 1 der Vorlage, Punkt 5.1 = Anlage 7 der Originalniederschrift).
 - 1.2.5 Der Anregung, den Durchgangsverkehr in der Straße Buschkamp durch Festsetzung im Bebauungsplan zu verhindern (Anlage 1 der Vorlage, Punkt 6.1 = Anlage 7 der Originalniederschrift).

2. Der Entwurf des Bebauungsplans Nr. 488 'Roxel-Nord II – Havixbecker Straße / Stodtbrockweg / Nordumgehung / Brockkamp' wird gemäß §§ 2 und 10 Baugesetzbuch und §§ 7 und 41 Gemeindeordnung NW als Satzung beschlossen.

Die Begründung mit Umweltbericht zum Bebauungsplan Nr. 488 wird ebenfalls beschlossen.

Mit der Rechtskraft des Bebauungsplans Nr. 488 tritt der Bebauungsplan Nr. 218 'Havixbecker Straße / Stodtbrockweg' insgesamt und der Bebauungsplan Nr. 461 'Roxel-Nord – nördlich Roxeler Straße', soweit er vom neuen Bebauungsplan Nr. 488 überlagert wird, teilweise außer Kraft.

II. Kosten/Folgekosten

Es wird zur Kenntnis genommen, dass durch die vorstehenden Beschlussvorschläge keine zusätzlichen Kosten und keine weiteren Folgekosten entstehen. Die zur Realisierung des Bebauungsplanes Nr. 488 erforderlichen Mittel werden zurzeit auf ca. 2,3 Mio. € geschätzt.“

Punkt 17.2 der Tagesordnung

Stadtbezirk Münster-Nord

Punkt 17.2.1 der Tagesordnung V/0704/2008

31. Änderung des fortgeschriebenen Flächennutzungsplans der Stadt Münster im Stadtbezirk Nord im Stadtteil Kinderhaus-West im Bereich des Hauptzentrums um den Idenbrockplatz Beschluss zur Änderung

Der Rat beschloss mit Mehrheit (OB, CDU, SPD, FDP) bei Gegenstimmen (Bündnis 90/Die Grünen/GAL, UWG-MS/ödp, DIE LINKE):

„I. Sachentscheidung

Der fortgeschriebene Flächennutzungsplan der Stadt Münster wird gemäß § 2 (1) und (4) i. V. m. § 8 (3) Baugesetzbuch (BauGB) dahingehend geändert, dass im Bereich des Hauptzentrums Kinderhaus bisher dargestellte Wohnbauflächen sowie eine Grünfläche in eine gemischte Baufläche umgewidmet werden.

Die Kennzeichnung einer Jugendeinrichtung im Bereich des Mot-Treff-Kottens entfällt.

Das bisherige Planzeichen Spielbereich A nördlich der Straße Brüningheide und westlich der Einmündung Westhoffstraße wird ersetzt durch das neue Planzeichen 'Fläche für den Gemeinbedarf mit der Zweckbestimmung Jugendheim'.

Die Kennzeichnung einer Ver- und Entsorgungsfläche mit der Zweckbestimmung Mülldeponie / Abfall im Bereich des bestehenden Wertstoffhofs westlich der heutigen Westhoffstraße entfällt ebenfalls.

II. Kosten/Folgekosten

Durch die Flächennutzungsplanänderung entstehen der Stadt Münster keine Kosten und keine Folgekosten.“

**Punkt 17.2.2 der Tagesordnung
V/0680/2008**

**3. Änderung des Bebauungsplans Nr. 227:
Nienberge Ortskern
Neuer Änderungsbeschluss**

Der Rat beschloss einstimmig:

„I. Sachentscheidung

Der vom Rat der Stadt Münster am 14.07.2004 gefasste Beschluss zur 3. Änderung des Bebauungsplans Nr. 227 'Nienberge Ortskern' u. a. zur Festlegung von Art und Maß der baulichen Nutzung, der überbaubaren Grundstücksflächen und der Verkehrsflächen wird gemäß § 2 (1) i. V. m. § 13 a BauGB als Bebauungsplan der Innenentwicklung im beschleunigten Verfahren neu gefasst.

Innerhalb des Plangebietes liegen nunmehr die folgenden Grundstücke:

Gemarkung Nienberge,
Flur 8, Flurstück 594, Teil des Flurstücks 571,
Flur 10, Flurstück 1541, Teil des Flurstücks 1538

II. Kosten/Folgekosten

Durch die Neufassung des Beschlusses zur 3. Änderung des Bebauungsplans Nr. 227 'Nienberge Ortskern' entstehen der Stadt Münster keine Kosten und keine Folgekosten.“

Punkt 17.3 der Tagesordnung

Stadtbezirk Münster-Ost

Punkt 18 der Tagesordnung

**Anträge von Ratsmitgliedern nach § 3 Abs. 1 der
Geschäftsordnung des Rates**

**Punkt 18.1 der Tagesordnung
A-R/0045/2008**

**Ambulante Kinder- und jugendpsychiatrische
Versorgung auch weiterhin sicherstellen!**

Folgender Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL zur sofortigen Beratung und Beschlussfassung lag vor:

„Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL
im Rat der Stadt Münster

Antrag Nr. A-R/0045/2008
vom 12.09.2008

Antrag
zur sofortigen Beratung und Beschlussfassung

„Ambulante Kinder- und jugendpsychiatrische Versorgung auch weiterhin sicherstellen!“

Der Rat möge folgende Resolution beschließen:

Am 30.06.2008 haben der VdAK Bundesverband und die Primärkassen auf regionaler Ebene die Sozialpsychiatrieregelung zum Ende des Jahres gekündigt.

Die Sozialpsychiatrie-Vereinbarung dient bisher der Förderung einer qualifizierten sozialpsychiatrischen Behandlung von Kindern und Jugendlichen in der ambulanten vertragsärztlichen Versorgung. Hierdurch soll vorwiegend bei komplexen sozialpädiatrischen

und psychiatrischen Behandlungsproblemen die ambulante ärztliche Betreuung als Alternative zur stationären Versorgung und anderen institutionellen Betreuungsformen ermöglicht werden.

Die sozialpsychiatrische Vereinbarung ermöglicht es bisher kinder- und jugendpsychiatrische Fachärzte auch hochqualifizierte nichtärztliche Fachkräfte (Psycholog/inn/en, Heil- und Sonderpädagog/inn/en, Ergotherapeut/inn/en und Logopäd/inn/en in den Praxen anzustellen um die Diagnostik und Therapie zu verbessern.

Sollte es zu keiner adäquaten Neuregelung kommen sind massive Auswirkungen auf die ambulante Kinder- und jugendpsychiatrische Versorgung zu erwarten.

Bereits heute beträgt die Wartezeit für die Kinder und Jugendlichen auf eine entsprechende Behandlung und therapeutische Unterstützung i.d.R. zwei bis sechs Monate. Diese bereits heute völlig unzureichende Situation würde sich damit weiter verschärfen.

Seitens der niedergelassenen Ärzte wird darauf hingewiesen, dass den entsprechenden MitarbeiterInnen in den Praxen bis Ende September gekündigt werden müsste, wenn nicht bis dahin eine entsprechende Anschlussregelung getroffen wird.

Deshalb fordert der Rat der Stadt Münster die Landesregierung auf, auf die Krankenkassenverbände dahingehend einzuwirken, zur Sicherstellung einer bedarfsgerechten und qualitativ guten kinder- und jugendpsychiatrischen Versorgung eine geeignete Refinanzierungsregelung für die ambulante kinder- und jugendpsychiatrische Versorgung - wie bisher mit der Sozialpsychiatrie-Vereinbarung - auch ab Januar 2009 erfolgt.“

Frau **Klein-Schmeink** teilte mit, dass nach Informationen von Herrn Paal die Sozialpsychiatrieregulierung/-vereinbarung um drei Monate verlängert wurde. Daher ist eine sofortige Beschlussfassung nicht erforderlich.

Frau **Klein-Schmeink** zog den vorliegenden Antrag zur sofortigen Beratung und Beschlussfassung zurück.

Herr **Dr. Tillmann** führte aus, dass der in dieser Angelegenheit bestehende Konsens bezüglich einer späteren Entscheidung festgehalten wird.

Punkt 19 der Tagesordnung	Anträge von Ratsmitgliedern nach § 3 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Rates
----------------------------------	---

Punkt 19.1 der Tagesordnung A-R/0042/2008	Familien mit Kindern Grunderwerb in Innenstadtlagen ermöglichen
--	--

Folgender Antrag der UWG-MS/ödp-Fraktion wurde an den Hauptausschuss verwiesen:

„UWG-MS/ödp-Fraktion
im Rat der Stadt Münster

Antrag Nr. A-R/0042/2008
vom 19.08.2008

Antrag

Zu: Familien mit Kindern Grunderwerb in Innenstadtlagen ermöglichen

Der Rat möge beschließen:

Mindestens ein Drittel der zur Bebauung von Einfamilienhäusern vorgesehenen städtischen Grundstücke sind unabhängig von ihrer Lage nach den Vergaberichtlinien der Stadt Münster in der Fassung vom 13.06.2007 zu vergeben.“

Punkt 19.2 der Tagesordnung A-R/0043/2008	Haltepunkt Handorf planen - Eisenbahnstrecke Münster-Warendorf beschleunigen
--	---

Folgender Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL wurde an den Hauptausschuss verwiesen:

„Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL
im Rat der Stadt Münster

Antrag Nr. A-R/0043/2008
vom 26.08.2008

Antrag

**Haltepunkt Handorf planen –
Eisenbahnstrecke Münster-Warendorf beschleunigen**

Der Rat möge beschließen:

1. In Zusammenarbeit mit dem Zweckverband 'ZVM' leitet die Stadt Planungen für die Wiederinbetriebnahme eines Haltepunktes 'Handorf' an der SPNV-Strecke Münster-Bielefeld (KBS 406) ein.
2. Die Verwaltung berichtet über Möglichkeiten und Maßnahmen für die Beschleunigung der Warendorfer Strecke.“

**Punkt 19.3 der Tagesordnung
A-R/0044/2008**

**Entwicklung eines Verkehrsberuhigungskonzeptes
für Handorf**

Folgender Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL wurde an den Hauptausschuss verwiesen:

„Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL
im Rat der Stadt Münster

Antrag Nr. A-R/0044/2008
vom 26.08.2008

Antrag

Entwicklung eines Verkehrsberuhigungskonzeptes für Handorf

Der Rat möge beschließen:

Die Verwaltung wird gebeten, ein 'Verkehrsberuhigungskonzept Handorf' zu entwickeln. Für dieses Konzept sollen etablierte Maßnahmen und neue innovative Ideen ernsthaft geprüft und ggf. vorgeschlagen werden. U.a. sollten Möglichkeiten für den Bau von Kreisverkehren (z.B. an Handorfer/Kötterstr.) und das Konzept des 'shared space' (a la Bohmte) geprüft werden. Bei allen Maßnahmen ist dem dörflichen Charakter von Handorf Rechnung zu tragen.“

**Punkt 19.4 der Tagesordnung
A-R/0046/2008**

Kindertagesbetreuung: weitere untere Einkommensgruppen von Elternbeiträgen befreien

Folgender Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL wurde an den Hauptausschuss verwiesen:

„Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL
im Rat der Stadt Münster

Antrag Nr. A-R/0046/2008
vom 16.09.2008

Antrag

„Kindertagesbetreuung: weitere untere Einkommensgruppen von Elternbeiträgen befreien“

Der Rat der Stadt Münster möge beschließen

Auf dem Weg zur beitragsfreien Kindertagesbetreuung verfolgt die Stadt Münster das Ziel, weitere untere Einkommensgruppen von den Elternbeiträgen zu befreien.

Dazu wird die Verwaltung beauftragt, die jährlichen Kosten für eine Beitragsfreistellung weiterer Einkommensgruppen in drei Schritten zu errechnen:

- bis 25.000 Euro
- bis 37.000 Euro
- bis 50.000 Euro.“

**Punkt 19.5 der Tagesordnung
A-R/0047/2008**

**Klimaschutz bereits bei der Stadtplanung beginnen -
"Leitfaden für Klimaschutz in der Stadtplanung
Münsters"
entwickeln**

Folgender Antrag der SPD-Fraktion wurde an den Hauptausschuss verwiesen:

"SPD-Fraktion
im Rat der Stadt Münster

Antrag Nr. A-R/0047/2008
vom 15.09.2008

Antrag

**Klimaschutz bereits bei der Stadtplanung beginnen –
'Leitfaden für Klimaschutz in der Stadtplanung Münsters' entwickeln**

Der Rat der Stadt Münster möge beschließen:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept für die konsequente Berücksichtigung des Klimaschutzes bereits bei der Stadtplanung zu erarbeiten.
2. Das Konzept ist mit der Bürgerschaft, Planern, Bauträgern und den Klimaschutzinitiativen bzw. -verbänden zu erörtern.
3. Unter Berücksichtigung des Erörterungsprozesses erarbeitet die Verwaltung auf der Grundlage des Konzeptes einen 'Leitfaden Klimaschutz und Stadtplanung für Münster' und legt diesen den Ratsgremien zur Beschlussfassung vor.
4. Der Leitfaden soll allen an der Stadtplanung in Münster Beteiligten zur Nutzung empfohlen werden."

**Punkt 19.6 der Tagesordnung
A-R/0048/2008**

**Stadtplanung für alle Bürger öffnen -
"Arbeitshilfe zur Erarbeitung von Stellungnahmen
zu Flächennutzungsplänen und Bebauungsplänen"
entwickeln**

Folgender Antrag der SPD-Fraktion wurde an den Hauptausschuss verwiesen:

"SPD-Fraktion
im Rat der Stadt Münster

Antrag Nr. A-R/0048/2008
vom 15.09.2008

Antrag

**Stadtplanung für alle Bürger öffnen –
'Arbeitshilfe zur Erarbeitung von Stellungnahmen zu Flächennutzungsplänen und
Bebauungsplänen' entwickeln**

Der Rat der Stadt Münster möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine 'Arbeitshilfe zur Erarbeitung von Stellungnahmen zu Flächennutzungsplänen und Bebauungsplänen' zu entwickeln, die allen an der Planung in Münster interessierten Bürgern und Initiativen die Mitwirkung am Stadtplanungsprozess

erleichtern soll. Mit solchen Kriterien für eine nachhaltige Bauleitplanung soll allen Bürgern eine verbesserte Möglichkeit zur Wahrnehmung ihrer Interessen gegeben werden.“

**Punkt 19.7 der Tagesordnung
A-R/0049/2008**

**Soziale und ökologische Tarifreform bei Energie -
Hilfen für einkommensschwache Haushalte**

Folgender Antrag der SPD-Fraktion wurde an den Hauptausschuss verwiesen:

“SPD-Fraktion
im Rat der Stadt Münster

Antrag Nr. A-R/0049/2008
vom 16.09.2008

Antrag

**Soziale und ökologische Tarifreform bei Energie –
Hilfen für einkommensschwache Haushalte**

Der Rat der Stadt Münster möge beschließen:

Die Stadt Münster fordert die Stadtwerke Münster auf, angesichts der in den letzten Jahren deutlich angestiegenen Energiekosten, die zunehmend mehr Haushalte vor finanzielle Probleme stellen, in eine ökologische und soziale Reform ihres Energieangebots einzusteigen. Die Stadtwerke werden aufgefordert, so bald wie möglich ein Konzept zur sozialen und ökologischen Umstrukturierung ihres Produktportfolios vorzulegen, das sich an folgenden Eckpunkten orientiert:

- Die Tarifstruktur bei Gas und Strom wird im Privatkundenbereich grundlegend reformiert: In Zukunft soll es sich lohnen, das Klima zu schützen und weniger Energie zu verbrauchen. Gleichzeitig sollen einkommensschwache Haushalte finanziell entlastet werden, indem eine Grundversorgung mit Strom kostenfrei gestellt wird. Hierzu soll ein Verbrauch von 500 Kilowattstunden pro Kopf und Jahr möglichst kostenlos, in einer Übergangszeit vergünstigt angeboten werden. Darauf aufbauend, soll der weitere Verbrauch in einem linearen Tarif aufsetzend progressiv berechnet werden, um so klare Anreize zum Energiesparen zu geben und darüber einen aktiven Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Die Stadtwerke werden beauftragt, für den Gasbereich ein analoges Modell auszuarbeiten.
- Gleichzeitig soll die Energieberatung für alle Kundinnen und Kunden deutlich verbessert werden. Jeder Kunde und jede Kundin soll Anspruch auf eine grundlegende Beratung zum Energiesparen erhalten. Parallel dazu sollen als besonderer Anreiz und Hilfestellung nicht nur für einkommensschwache Haushalte Energiesparlampen und andere Mittel für einen ressourcenschonenden Energieeinsatz im Haushalt vergünstigt angeboten werden.
- Zugleich wird über den Einsatz entsprechender Zähler in Zukunft sichergestellt, dass eine Minimalversorgung mit Energie auch bei einer Sperrung des Anschlusses in Zukunft gewährleistet ist, so dass kein Kunde und keine Kundin in Zukunft ohne Licht auskommen muss.
- Die Energieabrechnungen der Stadtwerke Münster werden leicht verständlich abgefasst. Insbesondere die Entwicklung des Energieverbrauches soll nicht nur aufgeführt, sondern herausgestellt und kommentiert werden. Hinweise auf Beratungs- und Informationsangebote, mit deren Hilfe und Unterstützung Energie eingespart werden kann, sollen in jede Abrechnung aufgenommen werden.

- In Zusammenarbeit mit der Verbraucherzentrale sollen die Stadtwerke ein neues Konzept zur Mahnung säumiger Kundinnen und Kunden und ein sozialverträgliches Konzept zur Begleichung offener Rechnungen erstellen, sofern soziale Indikatoren zu dieser Situation geführt haben.“

**Punkt 19.8 der Tagesordnung
A-R/0050/2008**

**Neue Wege im Radwegebau - Unterstützung von
BürgerRadwegen**

Herr **Reiter** wies in einem humoristischen Beitrag darauf hin, dass unter diesem und dem folgenden Antrag der CDU-Fraktion Personen der CDU aufgeführt seien, die nicht mehr der Fraktion angehören.

Auch in der Sitzung des Hauptausschusses sei unter dem Tagesordnungspunkt 2.1 eine Vorlage auf der Basis eines Antrages der CDU-Fraktion beraten worden, bei dem Personen unterschrieben haben, die nicht der Fraktion angehören.

Herr **Reiter** bat die Verwaltung zu prüfen, ob dies rechtlich relevant sei.

Herr **Dr. Tillmann** sagte eine Prüfung zu.

Folgender Antrag der CDU-Fraktion wurde an den Hauptausschuss verwiesen:

“CDU-Fraktion
im Rat der Stadt Münster

Antrag Nr. A-R/0050/2008
vom 15.09.2008

Antrag

„Neue Wege im Radwegebau – Unterstützung von BürgerRadwegen“

Der Rat möge beschließen:

Die Stadt Münster legt ein Förderprogramm für BürgerRadwege an Kreisstraßen auf und unterstützt Bürgerinitiativen von der Konzepterarbeitung bis zur Realisierungsphase.“

**Punkt 19.9 der Tagesordnung
A-R/0051/2008**

**Mit Hybrid-Bussen Münsters Straßen sauberer
machen**

Folgender Antrag der CDU-Fraktion wurde an den Hauptausschuss verwiesen:

“CDU-Fraktion
im Rat der Stadt Münster

Antrag Nr. A-R/0051/2008
vom 15.09.2008

Antrag

Mit Hybrid-Bussen Münsters Straßen sauberer machen

Der Rat möge beschließen:

Der Rat der Stadt Münster empfiehlt den Stadtwerken Münster GmbH, Busse mit Hybrid-Technik zu erproben und entsprechende Fahrzeuge in Münster einzusetzen.“

Punkt 20 der Tagesordnung**Verschiedenes**

Herr **Möltgen** bat Herrn Dr. Tillmann, die Schließung der Rednerliste zu den einzelnen Tagesordnungspunkten in künftigen Sitzungen des Rates nicht zu zeitig vorzunehmen.
Herr **Dr. Tillmann** sagte dies zu.

Ende der Sitzung: 20:58 Uhr

gez.
Dr. Berthold Tillmann
Vorsitz

gez.
Jürgen Kupferschmidt
Schriftführung